

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:  
Gedr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Altkönig

Zeitungspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 900.— M., durch die Post bezogen monatlich 950.— M., unter Streifenband für Deutschland wöchentlich 250.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10, Tel. 25281.  
Sprechstunde von nachmittags von 13 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10, Tel. 25281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spalte, Kompartimente 100.— M., die Spaltenreihung 400.— M., auswärts 125.— M., Ausland 500 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Straßen- und Reisepläne 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 80 M.

Nr. 17

Dresden, Sonnabend den 20. Januar 1923

34. Jahrg.

## Machtkampf der Arbeiter gegen Verflabung

Der französische Imperialismus rasi weiter! Der Zugriff auf das Ruhrgebiet wird mit allen Mitteln der Gewalt durchgeführt. Der Besetzung der Städte folgte die Besetzung der Gruben! Die Kontrolle des Kohlen-transportes wurde erweitert zur Beschlagnahme der Kohle und Transportmittel! Der Aneignung der Kohlensteuer, Zolleinnahmen, Forsten folgte die Beschlagnahme der Reichsbankkassen und die Wegnahme aller Reichsgelder! Die brutalste militärische Gewalt herrscht schrankenlos. Das Ringen um den Besitz des Ruhrgebietes wird zur entscheidenden Machfrage.

Aber die militärische Gewalt muß an ihrem eigenen Charakter stumpf werden, denn sie kann nicht produzieren, sondern nur wegnehmen. Sie kann viel, sie kann die Bevölkerung drangsalieren, die Führer des Widerstandes verhaften, die Gefängnisse füllen, kann schließen und regalisieren — aber sie kann die Arbeiter nicht zu Arbeitssklaven pressen! An dem Widerstand der Arbeiterklasse findet die Gewalt des Säbels ihre Grenze. Die Arbeiter haben einmütig die Arbeit verweigert! Sie werden für den französischen Imperialismus nicht produzieren. Sie lassen sich nicht verflaben. Die gesamten deutschen Arbeiterorganisationen stehen hinter ihnen. Ja noch mehr, die internationale sozialistische Arbeiterbewegung schreitet zur Aktion und wird den Triumph des französischen Imperialismus vereiteln helfen.

So steht heute die Hoffnung auf Abwehr, auf Befreiung und auf Frieden lediglich bei den Arbeitern. Die deutsche Arbeiterklasse wird ihrer weltgeschichtlichen Mission gerecht werden.

### Geschlossenheit der Arbeiterbewegung Beforderte Einflussnahme auf die Regierung

Aus Berlin wird uns gemeldet:  
Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat heute vormittag die Fraktionsvorsitzenden des Reichstages und des Preussischen Landtages zu einer Konferenz eingeladen, an der auf Wunsch des Parteivorstandes auch Vertreter des K. D. V. D. und der K. P. teilnahmen. In der Konferenz ergab sich eine vollständige Übereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein geschlossenes Zusammengehen der Arbeiterbewegung erfordert und daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in das Ruhrgebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und daß alles unterbleiben müsse, was geeignet sei, die Abwehr zu führen, um die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter legen entscheidendes Gewicht darauf, daß die Regierung schon im Vorberaumung Stadium über alle Maßnahmen die Meinung der Arbeitervertreter sowohl aus den zentralen Körperschaften, wie insbesondere aus dem Ruhrgebiet einholt.

Die Trennungslinie gegen die nationalistischen Elemente, die den Rechtsbruch Frankreichs zu einer neuen allgemeinen Völkerverletzung ausdehnen oder zu Unbedenkenheiten aufziehen, soll in aller Schärfe gezogen und der Kampf gegen die politische Reaktion im Innern nachdrücklich fortgesetzt werden.

### Der Widerstand wird fortgesetzt werden!

Berlin, 20. Januar. Sachverhalt wird folgendes festgestellt:

Der französische Ministerpräsident hat in den letzten Tagen mehrfach die Erklärung abgegeben, daß die deutsche Regierung sich zu den Forderungen und um Verhandlung nachsuchen werde. Hierbei war natürlich der Wunsch der Vater des Bedenkens. Herr Poincaré war schlecht unterrichtet; denn vorläufig denkt niemand daran, die bisher im Ruhrgebiet verfolgte Politik aufzugeben oder auch nur zu ändern. Der moralische Widerstand, der bisher geleistet wurde, soll fortgesetzt werden, und die Regierung wird alles tun, um die Arbeiterbewegung in ihrer Abwehr zu unterstützen. In den Berliner Regierungskreisen ist man der Meinung, daß Frankreich das beabsichtigte Mandat nicht gelingen wird und man im Gegenteil bald einsetzt, was der Geist der Militär, dem Poincaré unterlegen ist, angestrebt hat.

Berlin, 20. Januar. Die Reichsregierung und die Landesregierungen von Preußen, Bayern, Hessen und Oldenburg (also derjenigen Länder, die einen territorialen Anteil an besetzten Gebieten haben) haben folgende Anweisung erlassen:

„Die Aktion der französischen und der belgischen Regierungen stellt eine schwere Verletzung des Vertrages von Versailles dar. Infolgedessen sind Befehle und Anordnungen, die im Verfolg dieser Aktion an deutsche Beamte ergehen, rechtswidrig. Es ergeht daher seitens der Regierungen des Reiches, Preußens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs die Anweisung, Anordnungen der besetzten Mächte keinerlei Folge zu geben, sondern sich ausschließlich an die Anweisungen ihrer eigenen Regierungen zu halten. Dies gilt auch für die Beamten des besetzten Gebietes allen solchen Maßnahmen gegenüber, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Rheinlandsabkommens stehen.“

Gen. Braun, v. Knilling, Reich, Lanzen.“

### Befreiung der Gruben

#### Die Arbeiter treten geschlossen in den Streik!

Essen, 19. Januar. (W. L. S.) Heute morgen ist mit der Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke in Suer, Westerkamp und Gort-Gumfrier begonnen worden. Die Beschlagnahme wurde in der Weise vorgenommen, daß französische Truppen alle wichtigen Positionen der Bergwerke besetzten. Mehrere Direktoren wurden verhaftet, u. a. Oberbergamt Ehren von Westerkamp sowie der Direktor der staatlichen Bergwerke von Suer und Präsident der Bergwerkdirektion Neulinghausen von Neulinghausen.

Die Arbeiter erklärten, daß sie jede militärische Besetzung mit Arbeitseinstellung beantworten würden. Unterdessen betreten Ingenieure unter militärischer Bedeckung die Zechenhöfe und suchten die Werksdirektoren zu verhaften, die vorhandenen Kohlenvorräte nach Frankreich verladen zu lassen. Dieses Ansinnen wurde aber überall strikte abgelehnt. Darauf wurde von den Franzosen der Versuch gemacht, erst gütlich und dann mit Gewalt, die Bergwerke zu verhaften, Kohlenverladungen nach Frankreich vorzunehmen. Auch hier stießen sie auf einmütige entschiedene Ablehnung. Darauf wurden von den Franzosen die Kohlenexpeditionen besetzt und die Bergbauarbeiter in Haft genommen. Alle diese Vorgänge riefen unter der Arbeiterschaft der Zechen eine sich von Minute zu Minute steigende Erregung hervor, zumal die französischen Ingenieure Drohungen ausstießen und Verletzung der Freiheiten anstrebten, wenn ihrem Verstehe nicht Folge geleistet würde. Die Erregung der Arbeiterschaft veranlaßte schließlich die Franzosen, die Besetzung wieder aufzugeben. Nur die Wälderhöfe blieben besetzt. Daraufhin weigerte sich beim Schichtwechsel die Belegschaft, einzufahren und verließ die Arbeitstätte. Die Gesamtarbeiter erklärte den Streik. Vor den stillgelegten Schächten stehen militärische Posten.

Essen, 20. Januar. Die bis jetzt beschlagnahmten Zechenanlagen enthalten im ganzen 10 bis 12 Schachtanlagen und beschäftigen etwa 50 000 Arbeiter.

### Raffensraub und Verhaftungen

Düsseldorf, 19. Januar. (Fig. Draht.) Freilichsberaubung und Raffensraub sind in den letzten 24 Stunden die Kennzeichen der „fröhlichen“ Aktion Poincarés. Die Leiter der staatlichen Zechen bei Suer und Gelsenkirchen hat man unter ungeheuren militärischen Aufwand verhaftet und wie gemeine Verbrecher in ein Gefängnis nach Düsseldorf abgeführt. Der Erfolg dieser „wirtschaftlichen“ Maßnahme war die Arbeitseinstellung der Bergleute. Wo die Zechenleitungen der Freiheit beraubt oder auch nur militärisch zur Grabenplätze gezwungen wurde, um „wirtschaftliche Maßnahmen“ durchzuführen, fanden bald alle Arbeiter still.

In der Freilichsberaubung kommt der Raffensraub, mit dem sich die Beauftragten Poincarés im Laufe des Freilichsbesandes beschäftigt haben. In Düsseldorf wurden ohne vorherige Anweisung die Bestände der Reichsbank beschlagnahmt. Erst fünf Stunden später wurde dem Direktorium formell Mitteilung von diesem Raub gemacht und bekanntgegeben, daß die Regierungsgewalt über die Gelder jetzt die Franzosen und Belgier haben. Ebenso wurde in Mainz, Wiesbaden, Worms, Bingen und Bonn verfahren. Selbst vor dem Raub von Vermögenswerten der Privatbanken ist man nicht zurückgeschreckt. In Düsseldorf ist ein Automobil der Deutschen Bank, in dem sich 150 Millionen Mark befanden, von der Wohnung angehalten, das Geld genommen und der Wagen beschlagnahmt worden.

Berlin, 20. Januar. Der Reichsminister der Finanzen hat an die ihm unterstellten Behörden im besetzten Gebiet folgende Weisung ergehen lassen: „Die von der Rheinlandsabkommens angeordnete Beschlagnahme deutscher Steuern und Zölle und die Eingriffe in die deutsche Finanzverwaltung sind rechtswidrig und rechtlich nichtig. Erwarte von allen Beamten, daß sie solchen Anordnungen nicht nachkommen und unbedingten Widerstand entgegensetzen. Wiederholte Zusicherung voller Schadloshaltung.“

### Der Kampf um die Eisenbahn

Berlin, 20. Januar. Gestern ist an die Generaldirektion West, deren Sitz in Essen war, die aber seit dem Einmarsch nach Eberfeld verlegt worden ist, eine Anweisung des Reichsverkehrsministers ergangen, wonach den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn den Bestimmungen des Reichsverkehrsministers entsprechend verboten wird, Kohlen nach Frankreich oder Belgien zu befördern oder entsprechende Umleitungen vorzunehmen. In diesem Punkte ist die Zufuhr der Kohlenzüge zu den Rheinländern zu unterbinden. Belgische und französische Rekruten sind den Zügen nicht zuzuführen.

Essen, 19. Januar. Die französischen Militärbehörden haben als Antwort auf die Verfügung des Reichsverkehrsministers, die den Eisenbahnern unterlag, dem französischen Militär Beihilfe zu leisten, den deutschen Eisenbahnbediensteten im neu besetzten Gebiet verboten, diese Befehlsgebung dem Eisenbahnpersonal bekanntzugeben.

Essen, 20. Januar. Die deutschen Eisenbahner werden belästigt. Es besteht die Annahme, daß Telephongespräche zwischen neuverpflichteten Instanzen in dem besetzten Gebiet und Berlin belauscht werden, und es ist festgestellt worden, daß Briefsendungen geschnitten und offenbar kopiert wurden. Besonders exponierte Führer stehen unter der Kontrolle von Geheimagenten. Die Situation (wird) sich immer mehr zu.

Berlin, 19. Januar. Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit den Landesregierungen mit sofortiger Wirkung die Besatzungszulage verdoppelt.

### Die Gewalt scheitert!

Essen, 20. Januar. Der Versuch der Franzosen, den Kohlentransport nach dem Westen zu lenken, ist ebenso gescheitert wie die Bemühungen, die Kohle an der Quelle zu erfassen. Die Eisenbahner befolgen strikte die Anweisungen, die von der Berliner Zentrale ausgehen wurden, obwohl von den Franzosen versucht wurde, ihre Bekanntheit mit allen Mitteln zu verhindern. Die Eingriffe in den Schiffsverkehr erwiesen sich ebenfalls als nutzlos. Die Befreiung zu Wasser ist eingeleitet und der Transport erfolgt ausschließlich per Röhre.

Die Organisationen der Eisenbahnenbeamten und Arbeiter haben gestern nachmittags in einer in Essen abgehaltenen Konferenz beschlossen, sich entgegen den französischen Befehlen streng an die Anweisungen des Reichsverkehrsministers zu halten. Notwendig sind nach den einzelnen Stationen unterwegs, um den Befehl bekanntzumachen.

### Nicht unter Bajonetten frohnden!

Neulinghausen, 19. Januar. Der gesamte Betriebsrat der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet beschloß, mit Vertretern der einzelnen Betriebsräte und dem Beauftragten der französischen militärischen Besetzung vorgeschlagene Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke im Bezirk Neulinghausen als Gewaltakt gegen die friedfertige Bergarbeiterbevölkerung zu betrachten. Die gesamte Belegschaft protestiert auf das entschiedenste dagegen, fordert die Freilassung der verhafteten Beamten und erwartet, daß die Schachtanlagen von französischem Militär nicht betreten werden sowie daß keine militärischen Handlungen gegen die Verwaltung und die Belegschaft erfolgen. Andernfalls werde der gesamte Betriebsrat der staatlichen Bergwerke weitere geeignete Maßnahmen ergreifen. Unter keinen Umständen werde die Arbeiterschaft unter Bajonetten arbeiten.

### Wieder ein Deutscher erschossen

Langendreer, 19. Januar. Gestern Abend 9 1/2 Uhr wurde auf dem Röhrenweg der Krankenpfleger Hans Kowallik vor dem Amtsgerichtgebäude in Langendreer von einem französisch belgischen Wächter erschossen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

### Die „Begründung“ des Kohlenraubes Notenwechsel zwischen Poincaré und der deutschen Regierung

Berlin, 19. Januar. (Antik.) Die Reichsregierung hatte durch ihren Geschäftsträger in Paris unter dem 17. Januar die französische Regierung vorsorglich darauf aufmerksam machen lassen, daß französisch-belgische Truppen bei einem weiteren Einmarsch über Dortmund hinaus in das Gelände der deutschen Garnisonen kommen würden.

Darauf ist dem Geschäftsträger folgende Note Poincarés zugegangen:

„Ich habe die Ehre, Sie zunächst daran zu erinnern, daß die von der französischen und der belgischen Regierung unter Mitwirkung der italienischen Regierung getroffenen Maßnahmen, um Deutschland zur Lieferung der an Frankreich geschuldeten Kohlen anzuhalten, in keiner Weise den Charakter einer militärischen Operation tragen. Ich bin ferner verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß auf Weisung der Reichsregierung die eigenartige Haltung der Ruhrindustriellen die alliierten Behörden zwingt, die zu liefernden Kohlen zu reaktivieren und die Umleitungen in dem erforderlichen Maßstab vorzunehmen. Die Alliierten haben ausdrücklich die Pflicht, vor allem für Abwicklung der fälligen Reparationsleistungen sowie für die Bedürfnisse des Ruhr- und des linksrheinischen Gebietes zu sorgen. Dem anderen Teils Deutschland wird lediglich der danach verbleibende Überschuss zugestrichelt werden können. Sollte also durch die Schuld der deutschen Behörden oder Industriellen die Förderung unter die gegenwärtige Röhre herabfallen, so würden dadurch möglicherweise alle (Kohlen-) Sendungen nach Deutschland verbleiben.“

### Die Erwiderung der deutschen Regierung

Gen. Hoepf wurde beauftragt, Poincaré folgendes zu antworten:

Die deutsche Regierung hält jede weitere Erörterung des Zwecks französisch-belgischer Einmarsches für überflüssig. Sie kann nur ihrer Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß die französische Regierung vor aller Welt den offenkundigen Charakter ihrer Aktion recht abtun lassen zu können glaubt. Die deutsche Regierung muß sich jedoch dagegen verwahren, daß die französische Regierung mit ihrer Begründung der geplanten Reparationen und der anderen Zwangsmaßnahmen einen neuen Versuch macht, den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Die Unmöglichkeit, Kohle für Reparationszwecke und für den Bedarf des besetzten Gebietes auf ordnungsmäßigem Wege zu liefern, ist nicht eine Folge des Verhaltens der deutschen Regierung oder deutscher Stellen, sondern die Folge des rechtswidrigen Einmarsches. Die französische Behauptung läßt darauf hindeuten, daß Frankreich bestrebt zu sein, die Formen des Handels zu besetzen, weil das zuerst begangene Unrecht, der Einmarsch ins deutsche Gebiet, von Deutschland nicht unterstützt wurde. Uebrigens weist die deutsche Regierung darauf hin, daß die Durchführung der Drohung, für Deutschland lediglich den Rest der Kohlenproduktion freizugeben, ein neuer Rechtsbruch sein würde, weil nach dem Vertrag von Versailles der notwendige Bedarf Deutschlands den Vorrang vor den Reparationsforderungen hat.